

Statement Deborah Düring zu FAIRSPRECHEN

Seit dem FAIRSPRECHEN hat sich einiges getan, wenn auch nicht genug.

Die EU-Kommission hat sich darauf geeinigt, in zukünftigen Handelsverträgen Verstöße gegen internationale Abkommen wie das Pariser Klimaabkommen oder die ILO-Kernarbeitsnormen sanktionierbar zu machen. Das heißt, bei Nicht-Einhaltung können in Zukunft die Handelsvorteile aufgehoben und z.B. Zölle wiedereingeführt werden. Es kommt natürlich immer darauf an, wie gut im Einzelnen verhandelt und die Umsetzung hinterher kontrolliert wird, aber es ist ein wichtiges Instrument. Die Sanktionierbarkeit von Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsklauseln haben wir Grünen schon seit Langem gefordert.

Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) arbeitet an dem von Grünen und Linken schon seit der letzten Legislaturperiode geforderten Exportverbot hochgiftiger Pestizide, die in der EU aufgrund der Gefahren für Gesundheit und Umwelt nicht zugelassen sind. Es wird geprüft, wie sich dieses Exportverbot möglichst bald und rechtlich abgesichert auf den Weg bringen lässt.

Globaler Handel ist geprägt durch Ungerechtigkeit und koloniale Kontinuitäten in der Arbeitsteilung. Der Globale Süden wird als Rohstofflieferant und für die Produktion mit billigen Arbeitskräften ausgenutzt. Gerechterer und ökologisch verträglicherer Welthandel sowie die Einkommenssicherung von Kleinbäuerinnen und Kleinbauern mithilfe von Förderung lokaler Produktion und Vermarktung von Waren soll diese Ungerechtigkeit aufbrechen.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat die "Just Transition", also den Übergang zu einer sozial-ökologischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, als einen der vier Schwerpunkte in dieser Legislaturperiode benannt. Dazu zählen auch faire Arbeitsbedingungen, wirksame Lieferkettengesetze und die Vorreiterrolle der öffentlichen Beschaffung in den Fokus zu rücken.

Das BMZ setzt bei der Förderung existenzsichernder Einkommen und Löhne auf branchenweite Ansätze. Ministerin Svenja Schulze sprach sich vor allem für gemeinschaftliche Ansätze anstatt individueller unternehmerischer Einzellösungen aus.

Konkrete Vorhaben sind momentan auf EU-Ebene angesiedelt: Die EU-Kommission hat einen Vorschlag für ein Lieferkettengesetz vorgelegt, der über das in Deutschland beschlossene Gesetz hinausgeht. Zudem wird die EU eine Verordnung zu entwaldungsfreien Lieferketten vorlegen, bei der die Bundesregierung ein ambitioniertes Niveau anstrebt. Das ist ein wichtiger Schritt, aber genau wie bei den anderen Abkommen sind hier klare Kontroll- und Sanktionsmechanismen ein entscheidender Punkt, der den Unterschied zwischen einem wirksamen Instrument und Greenwashing machen kann.

Im Koalitionsvertrag wurde das Ziel verankert, die öffentliche Beschaffung sozial und ökologisch auszurichten. Das Potential der öffentlichen Beschaffung wird auch im Rahmen des Just-Transition-Schwerpunkts des BMZ hervorgehoben.